

Nr. XIX.GP-NR  
574 1J  
1995 -02- 09

## A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Nußbaumer, Böhacker, Haigermoser, KR Schöll, Haller und Kollegen  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend

**Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen" entsprechend dem Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung: "Aufschwung" – Wirtschaft und Infrastruktur – Punkt 5. Entbürokratisierung.**

Das gültige Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung sieht auf Seite 16 u.a. die Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen in allen Bereichen" vor. Es wurde dies wie folgt formuliert:

"Die Bundesregierung wird die Durchforstung sämtlicher Gesetze und Verordnungen in allen Bereichen in Angriff nehmen und deren Zweckmäßigkeit bzw. Aktualität überprüfen. Eine detaillierte Übersicht über jene Gesetze und Verordnungen, die ersatzlos aufzuheben sind, ist zu erstellen."

Es ist unbestritten, daß die wirtschaftliche Integration in der EU einen verstärkten globalen Wettbewerb eingeleitet hat und daher die oben zitierte Durchforstung sämtlicher österreichischer Gesetze und Verordnungen als Maßnahme der Entbürokratisierung im Interesse unserer Wirtschaft dringend in Angriff genommen werden muß.

Gleichzeitig ist jedoch darauf zu achten, daß die dadurch erfolgenden Änderungen der Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns in Österreich sich nicht zum Nachteil für die davon betroffenen Wirtschaftszweige entwickeln.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

### A n f r a g e

1. Wurde mit der im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung versprochenen Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen" bereits begonnen?

Wenn ja, in welchen Bereichen und in welchem Umfang ist dies der Fall?

Wenn nein, warum nicht?

2. Wurden (werden) dieser Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen" Prioritätsziele vorangestellt?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

3. Werden bei der Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen" auch die möglichen (negativen) Auswirkungen auf Österreichs Wirtschaft geprüft?  
In welcher Form werden diese möglichen Auswirkungen geprüft?
4. Welche begleitenden Maßnahmen sind vorgesehen, damit die österreichische Wirtschaft keine Nachteile aus Gesetzesänderungen oder Gesetzesaufhebungen in Kauf nehmen wird müssen?